Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister

N i e d e r s c h r i f t

01/066/2023

über die Sitzung **des Rates**
am **Mittwoch,** dem **18.01.2023**, von **18:30 Uhr** bis **20:05 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister
Josef Suermann

CDU
Uwe Bickmann
Josef Büker
Klaus-Peter Gosse
Marcus Kaiser
Stefan Köhne
Elmar Konrad Krüger
Hermann Müller
Mathias Schmidt

GRÜNE
Jutta Fritzsche
Matthias Loges
Rainer Neumann
Dominik Wichmann

UWG
Thorsten Hölting
Reinhard Lammersen
Josef Wolff

SPD
Helmut Lensdorf
Sybille Mocker-Schmidt

WGB
André Budde
Elmar Stricker

von der Verwaltung
Kai Schöttler

Protokollführer
Elmar Meyer

Abwesend:

SPD
Stefanie Pohlmeier

Presse: ./.

Zuhörer: 1

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Josef Suermann begrüßt die Anwesenden und stellt widerspruchslos die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Anfrage von Helmut Lensdorf teilt er mit, dass eine erneute Beratung über die Satzung für den „Beirat 60plus“ in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Rates erfolge, da der zur Überarbeitung des Satzungsentwurfs gebildete Arbeitskreis erst in der vergangenen Woche getagt habe.

2. Einbringung des Haushaltsplanes 2023

Bürgermeister Josef Suermann bringt den Haushaltsplan 2023 ein. Im Anschluss erläutert Kämmerer Kai Schöttler das Zahlenwerk und verdeutlicht die angespannte Haushaltssituation. Der Haushaltsplan werde den Ratsmitgliedern erneut in Form des interaktiven Haushaltsplanes IKVS zur Verfügung gestellt. Zudem werde er als pdf-Datei im Ratsinformationssystem eingestellt.

Die Haushaltsrede des Bürgermeisters und die Rede sowie die Folien der Präsentation des Kämmerers sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Josef Suermann bietet den Fraktionen die Mitarbeit der Verwaltung bei den Haushaltsplanberatungen an und bittet darum, Termine mit ihm abzustimmen.

Er schlägt widerspruchslos vor, den Haushalt in der Ratssitzung am 22.02.2023 (Aschermittwoch) zu verabschieden.

3. Positionierung des Rates der Stadt Marienmünster für die Neuorganisation des Öffentlichen Personennahverkehrs - Antrag der SPD-Fraktion

Helmut Lensdorf erläutert kurz den Antrag der SPD-Fraktion, die vorformulierte Positionierung für die Neuorganisation des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu beschließen.

Über den Punkt 1 der Positionierung habe der Kreistag zwischenzeitlich entschieden, indem er die Kreisumlage als einzigen Umlagefaktor abgelehnt und einen gemischt-gewichteten Schlüssel beschlossen habe.

Er wolle mit diesem Antrag einen Prozess auslösen, um sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Es bestünde dringender Handlungsbedarf, einen bedarfsgerechten ÖPNV zu schaffen.

Bürgermeister Josef Suermann verweist darauf, dass sich die Bürgermeister in insgesamt 8 Sitzungen intensiv mit der Frage eines gerechten Verteilungsschlüssels beschäftigt hatten. Es habe dabei Übereinstimmung bestanden, dass allein die Kreisumlage nicht zu einer gerechten Verteilung führe und man habe sich letztlich auf einen gemischt-gewichteten Umlageschlüssel verständigt, der mehrheitlich als ausgewogen und für zustimmungsfähig erachtet wurde. Dieser umfasse die Faktoren Fahrplan-Kilometer, Umlagegrundlagen, Fläche und Einwohner. Eine Beteiligung der Räte wäre aufgrund divergierender Interessen in diesem Prozess nicht zielführend gewesen.

Zu der in den Punkten 2 und 3 der Positionierung eingeforderten Öffentlichkeitsbeteiligung führt er aus, dass zu befürchten sei, dass sich nur wenige Interessierte hieran beteiligen würden und keine repräsentativen Ergebnisse erwartet werden könnten. Zudem würde durch die Beteiligung eine hohe Erwartungshaltung geschaffen, die am Ende nicht oder nur unzureichend erfüllt werden könne. In die Arbeit der Gremien des nph, die sich mit der Neuorganisation des ÖPNV beschäftigen, würden die Städte und damit auch die Politik eingebunden. Im Zuge dieser Beteiligung könnten die politischen Parteien eigenständig öffentliche Beteiligungsformen, wie z.B. Foren, initiieren.
Des Weiteren sollten die Ergebnisse des in Auftrag gegebenen Gutachtens und die Fahrgastzählungen abgewartet werden.

Mathias Schmidt bestätigt die Wichtigkeit des ÖPNV, verweist aber gleichzeitig auf die Zuständigkeit des Kreistages. Er und Josef Büker empfehlen ebenso, die Ergebnisse des Gutachtens zunächst abzuwarten.

Jutta Fritzsche betont ebenfalls die Bedeutung dieses Themas und begrüßt den vom Kreistag beschlossenen Umlageschlüssel. Es handele sich hier um eine Thematik, die zunächst die Kreise Höxter und Paderborn betreffe. Angesichts des örtlichen Bezuges regt sie dennoch die Bildung eines Arbeitskreises an.

Josef Wolff sieht das Erfordernis, das Gutachten zunächst abzuwarten, um auf dieser Basis eine Diskussionsgrundlage für weitere Gespräche zu haben. Eine Positionierung des Stadtrates im Rahmen der beantragten Resolution sollte nicht vorgenommen werden. Der ÖPNV müsse bedarfsgerecht umstrukturiert werden, auch um die Finanzierung zu sichern.
Dieser Forderung schließt sich Elmar Stricker an.

Helmut Lensdorf betont den Auftrag an die Kommunalpolitiker, sich dieses Themas anzunehmen. Er schlägt vor, fraktionsintern und evtl. fraktionsübergreifend Beratungen unter Öffentlichkeitsbeteiligung, evtl. im Rahmen eines Forums, aufzunehmen. Eine Beteiligung der Verwaltung sei dafür nicht erforderlich.

Auf die Kritik von Helmut Lensdorf führt Bürgermeister Josef Suermann aus, dass die Nahverkehrspläne in der Vergangenheit im Rat vorgestellt und auch die Ortsvorsteher beteiligt wurden. Auf diese Beteiligungsmöglichkeit habe es in der Regel keine Resonanz gegeben. Auch Probleme im Schülerspezialverkehr seien durch die Verwaltung direkt angegangen und nach Lösungen gesucht worden. Im Regelfall konnten gemeinsam mit dem nph zeitnah Lösungen gefunden werden.

Zum Abschluss der Diskussion fasst Bürgermeister Josef Suermann zusammen, dass alle Fraktionen das Erfordernis sehen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Im Hinblick darauf zieht Helmut Lensdorf den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

4. Wahl eines neuen Ortsvorstehers für Münsterbrock
Vorlage: 678/2023

Bürgermeister Josef Suermann weist einleitend darauf hin, dass Stefan Krüger sein Amt des Ortsvorstehers der Ortschaft Münsterbrock mit Ablauf des 31.12.2022 niedergelegt hat.

Da der Ortsvorsteher unter Berücksichtigung des bei der Wahl des Rates im jeweiligen Gemeindebezirk erzielten Stimmenverhältnisses gewählt werde, läge das Vorschlagsrecht bei der CDU-Fraktion.

Mathias Schmidt schlägt als Sprecher der CDU-Fraktion Herrn David Hensel vor.

Beschluss:

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird David Hensel zum neuen Ortsvorsteher der Ortschaft Münsterbrock gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5. Mitteilungen und Anfragen

5.1. Nutzungsvereinbarung mit dem SV Germania Bredenborn

Bürgermeister Josef Suermann gibt bekannt, dass die Nutzungsvereinbarung mit dem SV Germania Bredenborn über die Sportanlage Bredenborn heute unterzeichnet wurde.

5.2. Polizeiposten Vörden

Bürgermeister Josef Suermann teilt mit, dass der Polizeiposten im Rathaus der Stadt zum 01.02.2023 aufgegeben wird. Elmar Meyer ergänzt, dass die Sprechstunden der Polizei im Rathaus mangels Akzeptanz aufgegeben werden sollen. Als Ansprechpartner stehe weiterhin Polizeihauptkommissar Andreas Menke zur Verfügung, der im Bedarfsfall die Betroffenen auch im häuslichen Umfeld aufsucht. Alternativ sei eine direkte Kontaktaufnahme mit der Kreispolizeibehörde in Höxter möglich.

5.3. Kreiswettbewerb 2024 "Unser Dorf hat Zukunft"

Nach Mitteilung von Bürgermeister Josef Suermann finden in den Jahren 2023 und 2024 Begehungen im Rahmen des Kreiswettbewerbs 2024 „Unser Dorf hat Zukunft“ statt. Der Kreis Höxter bitte als Ausrichter um Rückmeldung, welche Orte eine Teilnahme ins Auge fassen. Angesichts der kurz gesetzten Frist sei eine Rückmeldung der interessierten Ortschaften bis zum 12.02.2023 erforderlich. Eine entsprechende Information gehe kurzfristig schriftlich an die Ortsvorsteher bzw. Vorsitzenden der Ortsausschüsse sowie an die Ortsheimatpfleger (soweit vorhanden).

5.4. Baumfällung Windmühlenweg

Mathias Schmidt erinnert an Umsetzung der bereits beschlossenen Baumfällung im Windmühlenweg.

5.5. Organisationsuntersuchung in der Bauabteilung

Auf die Frage von Josef Büker teilt Bürgermeister Josef Suermann mit, dass die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung durch die Kommunalagentur NRW frühestens im März 2023 vorliegen werden.

5.6. Kompensationsflächen "Am Wiehenbrink"

Marcus Kaiser fragt an, wann mit den beschlossenen Maßnahmen zur Herstellung einer Biotopausgleichsfläche in Vörden „Am Wiehenbrink“ begonnen wird.

Anmerkung zu Protokoll:

Der entsprechende Auftrag ist an die Firma Pöhler, Bad Driburg, erteilt worden. Mit den Arbeiten konnte witterungsbedingt noch nicht begonnen werden. Eine zeitnahe Umsetzung wird angestrebt.

6. Fragen von Einwohnern

Keine.

gez. Josef Suermann
Vorsitzende/r

gez. Elmar Meyer
Protokollführer/in